



Für die Sicherheit der Bürger

Kriminalität und Terrorismus
entschlossen bekämpfen



Alle Sicherheitsbehörden benötigen mehr Personal. Die Koalition hat auf Betreiben der Union gehandelt und diese in beispiellosem Maße gestärkt. Bereits der Haushalt 2015 sah eine kräftige Erhöhung der Mittel für die Bundespolizei vor. Für die Jahre 2016 bis 2018 sind zusätzlich rund 3.600 neue Stellen vorgesehen. Auch beim Bundeskriminalamt und Bundesamt für Verfassungsschutz wurden die Stellen aufgestockt. Die Union will den Personalausbau weiter fortsetzen. Zusätzlich sollen die Sicherheitsbehörden bis zum Jahr 2020 insgesamt 630 Millionen Euro für eine bessere Ausrüstung und Ausstattung erhalten.

Warum engagiert sich die Unionsfraktion so stark für die innere Sicherheit?

Für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist die Wahrung der inneren Sicherheit eine zentrale Aufgabe der Politik. Sicherheit und Freiheit sind untrennbar miteinander verbunden, denn ohne Sicherheit gibt es keine Freiheit.

Jeder hat das Recht auf Schutz vor Kriminalität und Gewalt. Das gilt für den öffentlichen Raum genauso wie für die eigenen vier Wände. Auch wenn Deutschland nach wie vor zu den sichersten Ländern der Welt gehört, gibt es immer wieder neue Bedrohungen, auf die der Staat reagieren muss. Dazu zählen derzeit vor allem der islamistische Terrorismus und die organisierte Kriminalität. Die Politik muss sich diesen Herausforderungen immer wieder neu stellen und klare Antworten geben.

Was hat die Koalition bereits für mehr innere Sicherheit getan?

Sicherheit fängt mit ausreichendem Personal bei Polizei und Ermittlungsbehörden an. Polizeipräsenz schreckt potenzielle Täter ab. Straftaten können verhindert oder besser aufgeklärt werden, wenn mehr Polizisten auf den Straßen sind.

Warum müssen Sicherheitsbehörden international eng zusammenarbeiten?

Verbrecher machen nicht vor Landesgrenzen halt. Im Gegenteil, sie agieren zunehmend grenzüberschreitend und nutzen die Schwächen der Polizeistrukturen gezielt aus. Die Koalition setzt sich deshalb für einen optimalen Informationsaustausch zwischen den Sicherheitsbehörden auf europäischer und internationaler Ebene ein. Sie wird die Rechtsgrundlagen für eine effektive Zusammenarbeit verbessern. Das gilt für Polizei und Nachrichtendienste gleichermaßen.

Welche Bedeutung haben Verbindungsdaten für die Arbeit der Polizei?

Straftäter nutzen bei der Begehung von Straftaten immer häufiger moderne Kommunikationsmittel. Verbindungsdaten sind oft die einzige Möglichkeit, ihnen auf die Spur zu kommen. Auf beharrliches Drängen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat die Koalition deshalb die gesetzlichen Voraussetzungen für die Speicherpflicht von Verbindungsdaten bei besonders schweren Straftaten wie Kinderpornografie, Terrorismus und organisierter Kriminalität geschaffen. Inhalte von Gesprächen oder E-Mails werden hingegen nicht gespeichert.

Wie lässt sich der Schengenraum besser sichern?

Die meisten Mitglieder der Europäischen Union sowie die Schweiz und Norwegen sind Unterzeichner des Schengenabkommens. Sein Kern ist die Abschaffung der Kontrollen an den Binnengrenzen. Diese Freiheit muss trotz der Bedrohungen durch den internationalen Terrorismus, kriminelle Banden und illegale Migration bestehen bleiben. Die Überwachung der Außengrenzen des Schengenraums ist dafür unbedingte Voraussetzung. Die Koalition setzt sich deshalb für die rasche Umsetzung des von der EU-Kommission vorgeschlagenen Paktes „Intelligente Grenzen“ ein. Dazu gehört der Aufbau eines Ein- und Ausreiseregisters. Nur so wissen die Sicherheitsbehörden, wer sich im Schengenraum aufhält. Die Koalition befürwortet darüber hinaus die Schaffung eines europäischen Flugpassagierdatensystems. Auch Fahndungsdaten sollen zentral gespeichert und abrufbar sein. Daneben muss die Schleierfahndung, das heißt die Kontrolle von Personen im grenznahen Bereich, weiter zur gezielten Verbrechensbekämpfung genutzt werden.

Welche Maßnahmen hat die Koalition gegen den islamistischen Terrorismus auf den Weg gebracht?

Die Bedrohung durch den islamistischen Terrorismus ist so groß wie noch nie. Die Unionsfraktion hat dafür gesorgt, dass die Koalition bereits wesentliche Maßnahmen im Kampf gegen den internationalen Terrorismus umgesetzt hat. So sind Reisen von Dschihadisten in

Kriegsgebiete zum Zwecke einer Terrorausbildung strafbar. Um sie an der Ausreise zu hindern, können ihnen zudem Reisepass und Personalausweis entzogen werden. Unerwünschte Ausreisen lassen sich so noch effektiver verhindern. Terroristische Gefährder müssen in Deutschland lückenlos überwacht werden, damit von ihnen keine Gefahr ausgehen kann.

Die Strafbarkeit der Terrorismusfinanzierung wurde verschärft. In Zukunft soll es zudem leichter möglich sein, innereuropäische Finanztransfers zur Terrorismusbekämpfung besser zu überwachen. Die Koalition wird zusätzlich dafür sorgen, dass die Abschöpfung von Vermögen, das aus kriminellen Taten stammt, erheblich vereinfacht wird. Damit sinkt der Anreiz, Straftaten zu begehen. Als weiterer Schritt ist geplant, islamistischen Spendensammelvereinen, die der Terrorfinanzierung dienen, die Grundlage zu entziehen.

Wie wird die Arbeit der Sicherheitsbehörden im Kampf gegen den islamistischen Terrorismus gestärkt?

Für den Erfolg der Sicherheitsbehörden ist die optimale Zusammenarbeit von Polizei und Nachrichtendiensten entscheidend. Von herausragender Bedeutung ist das 2004 geschaffene Gemeinsame Terrorismusabwehrzentrum (GTAZ) des Bundes und der Länder in Berlin. Die Bund-Länder-Zusammenarbeit wird weiter ausgebaut und insbesondere die Nutzungsmöglichkeiten gemeinsamer Dateien verbessert. Die intensivere Kooperation der Behörden ist auch der richtige Weg für mehr Sicherheit in Europa. Die Unionsfraktion befürwortet deshalb die weitere Stärkung des Anti-Terror-Zentrums bei Europol. Darüber hinaus hat die Bundespolizei eine neue Einheit im Kampf gegen den Terrorismus aufgebaut, die vor allem in akuten Bedrohungssituationen zum Einsatz kommen soll.



Mindestens ebenso wichtig wie die Stärkung der Sicherheitsbehörden sind wirksame Präventionsmaßnahmen. Bildung und Aufklärung über radikalen Fanatismus sind ein Schlüssel im Kampf gegen Extremismus. Die Union hat verschiedene Initiativen in diesem Bereich angestoßen.

Was tut die Koalition gegen organisierte Kriminalität?

Der Kampf gegen die international tätige organisierte Kriminalität stellt die Polizei vor immer neue Herausforderungen. Das Bundeskriminalamt hat daher seine eigens hierfür eingerichtete Koordinierungsstelle erheblich ausgebaut.

Straftaten gegen das Vermögen lohnen sich für den Täter nur dann, wenn er die rechtswidrig erlangten Vorteile auch nutzen kann. Geldwäsche ermöglicht die Verschleierung der kriminellen Herkunft des Geldes. Die Koalition hat darauf reagiert und den Tatbestand der Geldwäsche verschärft.

Wie kann das Eigentum der Bürger besser geschützt werden?

Die Bundesländer sind aufgefordert, mehr Polizisten einzustellen. Auf Bundesebene setzt die Koalition neben verstärkter Polizeipräsenz vor allem auf Prävention. Einbruchsschutz ist besonders der Union ein wichtiges Anliegen.

Prävention ist besonders wirksam, denn rund 40 Prozent der Wohnungseinbrüche bleiben im Versuchsstadium stecken. Für den Zeitraum 2015 bis 2017 wurden bereits zehn Millionen Euro pro Jahr für bauliche Maßnahmen zur Eigensicherung bereitgestellt. Wegen der großen Nachfrage konnte die CDU/CSU-Bundestagsfraktion durchsetzen, dass dieser Betrag auf 50 Millionen Euro pro Jahr aufgestockt wird. Das Programm soll auch für Mieter attraktiver werden.



Deshalb ist geplant, ab 2017 auch Maßnahmen, die weniger als 2.000 Euro kosten, zu fördern. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion will darüber hinaus die Strafen für Wohnungseinbruch verschärfen.

Die Union unterstützt den Einsatz von spezieller Software durch die Länder. Mit ihrer Hilfe kann die Polizei bessere Prognosen über künftige Einbruchschwerpunkte erstellen.

Wie will die Koalition die Sicherheit im öffentlichen Raum weiter verbessern?

Die sexuellen Übergriffe in der Silvesternacht in Köln und anderen Städten haben die Bedeutung der Sicherheit im öffentlichen Raum auf dramatische Weise verdeutlicht. Die Union setzt sich deshalb für mehr Schutz durch verstärkte Polizeipräsenz und moderne Überwachungstechnik ein. Die Menschen in Deutschland haben einen Anspruch darauf, sich an jedem Ort und zu jeder Zeit sicher fühlen zu können.

Bei sexueller Gewalt kann es keine Toleranz geben. Die Koalition will daher Strafbarkeitslücken bei Vergewaltigung und sexueller Nötigung schließen und auch sexuelle Belästigungen unter Strafe stellen.

Herausgeber

CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag
Michael Grosse-Brömer MdB
Max Straubinger MdB
Parlamentarische Geschäftsführer

Kontakt

CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag
Presse und Information
Platz der Republik 1 · 11011 Berlin
T 030. 2 27-5 53 74 · F -5 01 46
fraktion@cducsu.de
www.cducsu.de

Bürgerinformation

T 030. 2 27-5 55 50
fraktion@cducsu.de

Satz/Layout

Heimrich & Hannot GmbH

Druck

Industriedruck GmbH
Gedruckt auf Papier aus ökologisch, ökonomisch und sozial nachhaltiger Waldbewirtschaftung

Bildnachweis

© Bundespolizei, www.fotolia.com/BillionPhotos.com,
Tomasz Zajda

Bundestagsdrucksachen

18/4350 Bekämpfung der Korruption;
18/8210 Änderung des Strafgesetzbuches –
Verbesserung des Schutzes der sexuellen Selbstbestimmung;
18/4087 Verfolgung der Vorbereitung von schweren
staatsgefährdenden Gewalttaten;
18/1565 Änderung des Antiterrordatei-Gesetzes;
18/3831 Änderung des Personalausweisgesetzes und
Passgesetzes, Einführung eines Ersatz-Personalausweises;
18/4096 IT-Sicherheitsgesetz;
18/5088 Einführung einer Speicherpflicht und einer
Höchstspeicherfrist für Verkehrsdaten

Stand

Juni 2016

Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

Weitere Publikationen kostenlos zu bestellen unter www.cducsu.de/publikationen.